Jute-Proleten, reiht euch ein in die Kampffront gegen Hunger und Frost!

Die geplante Stillegung der Meißner Jutespinnerei ist ein Musterbeispiel dafür, wie die angebliche Naturbelebung der Wirtschaft, die mit dem Papenprogramm erzielt werden sollte, sich praktisch auswirkt. Die Erwerbslosenziffern steigen wieder katastrophal und in den Großbetrieben werden weitere Massenentlassungen angekündigt.

Gerade deshalb ist es notwendig, daß die Kampfaktion gegen Hunger und Frost, für ausreichende Unterstützung der Opfer kapitalistischer Mißwirtschaft, für die kostenlose Verteilung der im Ueberfluß vorhandenen Lebensmittel und Kohlen mit allen Kräften organisiert wird.

Die SPD- und Gewerkschaftsführer versuchen, die berechtigte Empörung der gesamten Bevölkerung über die brutale Stillegung der Jutespinnerei auf das tote Gleis parlamentarischer Manöver abzuschieben. Die Arbeiter sind anderer Meinung. Sie erkennen, daß nur im außerparlamentarischen Kampf die Unternehmeroffensive gestoppt werden kann und folgen in immer größerem Maße dem Kampfruf der RGO!

Jute-Spinnerei-Arbeiter erzählen . . .

Hundelohn, Hetztempo, Dreck und Staub!

Bei uns arbeiten im Betrieb ungefähr 600 Arbeiter und etwa 100 Angestellte. Der größte Teil sind Frauen und Jugendliche. Schon in letzter Zeit wurden dauernd Entlassungen vorgenommen. **Ein Jugendlicher verdient wöchentlich zirka 14 Mark. Ein Mädel aber, das dieselbe Arbeit verrichten muß, nur 12 bis 13 Mark. Wir arbeiten nur vier Tage in der Woche.**

Die Löhne der Akkordarbeiter sind erst vor ganz kurzer Zeit wiederum um zirka zwei Prozent gesenkt worden.

Der SPD-Betriebsrat bei uns hat dagegen kein Wort gesagt.

Sogar die Hilfsaufseher, die früher viel mehr verdienten als wir, haben einen Lohnabbau von 15 bis 20 Prozent erfahren müssen, so daß ihre Löhne fast genau so niedrig sind, wie die der anderen Arbeiter.

Die Unternehmer versuchen auch, aus den zahlenmäßig stark verringerten Arbeitern noch eine erhöhte Arbeitsleistung herauszuholen. Früher bediente z. B. jeder Arbeiter in der Vorspinnerei nur eine Maschine. Jetzt muß jeder an zwei Maschinen arbeiten. Auch die Hilfsarbeiter müssen jetzt viel mehr schuften. In der Weberei muß ebenfalls jeder Arbeiter zwei Maschinen gleichzeitig bedienen. Die Arbeit ist sehr gesundheitsschädigend. Den ganzen Tag müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen den Staub einschlucken. Die Ventilation ist ganz mangelhaft und ungenügend.

Was unternehmen Gewerkschaft und SPD?

Die Gewerkschafts- und SPD-Führer vertrösten auf ihr Vorgehen in den Parlamenten. Sie wollen den Arbeitern vorgaukeln, daß eine kapitalistische Regierung gegen die Kapitalisten Gesetze erlassen könne. **Das ist eine große Lüge.** Das zeigt den Arbeitern der Jutespinnerei ganz deutlich die schändliche Rolle der Kapitalistenknechte. Die Praxis beweist, daß alle Gesetze zugunsten der Kapitalisten ausgelegt werden. Die SPD aber versucht das zu verschleiern.

Die SPD-Fraktion im Meißner Stadtparlament hat in der letzten Sitzung eine Resolution eingebracht, wonach sie das Vorgehen des Rates zu Meißen begrüßt. Und was tut dieser? Er verhandelt mit Aktionären. Den Arbeitern aber macht man vor, das seien „Kampfmaßnahmen gegen die Stillegung".

Was müssen wir unternehmen?

Was sind die Kampfmaßnahmen, die allein imstande sind, eine Stillegung zu verhindern? Nur der außerparlamentarische Kampf kann die Unternehmerpläne verhindern! Aber nicht nur Streik in der Jutespinnerei in Meißen, Solidaritätsaktionen der Belegschaften im Hauptwerk Braunschweig, in anderen Zweigbetrieben der gesamten Textilindustrie und insbesondere der gesamten Meißner Arbeiterschaft.

Und der DTV? Wie stellt er sich dazu? Er hätte die Möglichkeit, die Arbeiter in allen Jutespinnereien aus den Betrieben zu holen. Er denkt aber gar nicht daran! Jede außerparlamentarische Aktion ist den fetten Gewerkschaftsbonzen ein Greuel. Dafür gibt es einige Beispiele aus der Jutespinnerei Meißen selber.

Als in England die Textilarbeiter in langem, heldenhaftem Kampfe standen, wurde plötzlich die Produktion in der Jute gesteigert. Als ein revolutionärer Arbeiter die SPD-Betriebsräte darauf aufmerksam machte, daß das Streikbrechen an den englischen Arbeitern sei, erwiderten diese:

„Wenn wir mal kämpfen, kümmern sich die englischen Arbeiter auch nicht um uns!"

Das ist nicht nur eine Lüge, sondern auch eine absolut faschistische Argumentation. Das ist ein Beweis für die Faschisierung der SPD- und Gewerkschaftsführer.

Vor etwa sechs Wochen streikten im Braunschweiger Jute-Betrieb die Arbeiter. Als auch hier die Frage des Solidaritätsstreiks, der Verweigerung der Streikbrucharbeit aufgerollt wurde, erklärten SPD-Leute:

„In Braunschweig sind lauter Nazis, und wenn die streiken, können wir hier ruhig Streikbrucharbeit leisten."

Auch das beweist, welche Angst die SPD- und Gewerkschaftsbonzen vor jedem Wirtschaftskampf der Arbeiterklasse haben. Und so denken sie auch jetzt nicht daran, die Arbeiter gegen die Stillegung in den Kampf zu führen.

Die Belegschaft aber muß einen Solidaritätsappell an die Arbeiterschaft der gesamten Textilindustrie richten. Gemeinsamer außerparlamentarischer Kampf! Gemeinsame Arbeitsniederlegung! Gemeinsame Streikaktion! Das sind die einzigen Mittel, die Stillegung der Betriebe zu verhindern!

SPD-Betriebsrat gesteht:

„Parlamentarisches Manöver verhindert die Stillegung nicht"

Am vorigen Donnerstag fand eine Betriebsversammlung statt, in der uns die Stillegung des Betriebes bekanntgemacht wurde. In dieser Versammlung, die von ungefähr Zweidrittel der Belegschaft besucht war, sprach der Gewerkschaftsbonze Richter vom DTV. Er mimte eine Kampfstellung der SPD und Gewerkschaft gegen die Stillegung und verbreitete die Belegschaft auf parlamentarische Aktionen, auf Bittgesuche an die sächsische Regierung, auf Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Juteaufsichtsrates Dr Weber. Er legte eine Resolution vor, wonach die Gewerkschaften von der sächsischen Regierung eine Notverordnung auf Enteignung der vom Kapital falsch geleiteten Betriebe verlangen. Die sächsische Regierung als die Regierung der Besitzenden wird natürlich niemals daran denken, Kapitalisten zu enteignen.

In der Diskussion mußte selbst ein SPD-Betriebsrat zugeben, daß ein parlamentarisches Vorgehen überhaupt keine Aussicht auf Erfolg hat.

Trotzdem aber versuchen sie noch heute, die parlamentarischen Illusionen unter den Arbeitern zu erhalten und zu schüren.

Am Freitag erhielt nun jeder Arbeiter folgendes Kündigungsschreiben:

„Meißen, den 25. 11. 1932.

Herrn .....

Wir kündigen Ihnen hiermit die Beschäftigung in unserer Fabrik und erfolgt Ihre Entlassung am Sonnabend, dem 3. Dezember.

Braunschweigische Aktiengesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie, Werk Meißen
gez.: Ulmer, Lippelt."

Am Sonnabend fand abermals eine Betriebsversammlung statt. Durch die Kündigung war die Stimmung der Arbeiter ziemlich erregt. Deshalb holte man den Reichstagsabgeordneten Dobbert von der SPD, der versuchte, mit denselben Vertröstungen auf Verhandlungen, die Arbeiter zu beruhigen. Die Belegschaft forderte stürmisch das Erscheinen der beiden Direktoren Lippelt und Ulmer. Unter dem Druck des Massenwillens der Belegschaft erschienen diese. Dann spielte der Direktor Lippelt vor den Arbeitern eine widerliche Komödie. „Es tät ihm so furchtbar leid, daß der Betrieb stillgelegt werden müßte, er hätte alles versucht, das zu verhindern, es sei ihm aber nicht gelungen." Da die Arbeiter auf solche Lippenbekenntnisse nicht hineinfielen, sprang schnell der SPD-Betriebsrat Hoppe in die Bresche. Dieser spielte seine Lakaienrolle so geschickt, daß der größte Teil der Belegschaft sich von ihm beruhigen ließ. Er erklärte u. a. auch, daß „wahrscheinlich auch das Hauptwerk in Braunschweig bald stillgelegt werde." Damit versucht er zu begründen, daß eine außerparlamentarische Aktion, ein Solidaritätsstreik im Hauptbetrieb zur Verhinderung der Jute-Stillegung in Meißen „gar keinen Zweck" habe.

Am Dienstag fanden wieder Verhandlungen statt. Dort wurde beschlossen, die Stillegung bis 24. Dezember hinauszuschieben. Die Belegschaft darf sich aber damit nicht zufrieden geben. Sie muß mit Hilfe der Solidarität aller Jute-Betriebe den Kampf gegen die Unternehmervorstöße aufnehmen.

Was blüht uns nach dem 24. Dezember?

Wir 600 Arbeiter und 100 Angestellten werden ins Heer der Millionen Erwerbslosen stehen. Uns geht es jetzt schon dreckig genug. Dann aber sollen wir noch mehr hungern, noch mehr frieren, noch weniger anzuziehen haben, 2 Wochen sollen wir Karenzzeit durchmachen, 3 Wochen nichts essen. Wir werden uns dagegen wehren. Wir werden verlangen, daß wir bei einer Stillegung gleich vom ersten Tage an Unterstützung erhalten. Die Wohlfahrtssätze, mit denen wir nach kurzer Zeit Nix und Krise auskommen müssen, drücken uns immer tiefer. 4,60 Mk. für einen Jungarbeiter, 12,10 Mark für ein Ehepaar! 2,80 Mark Zuschlag für ein Kind! Ob wohl auch die Herren Direktoren mit solchen Bettelpfennigen nach der Stillegung des Werkes auskommen müssen? Wir glauben nicht daran. Wir wissen vielmehr, daß für diese bereits heute schon gesorgt ist.

Die Jute-Proleten aber werden sich einreihen in die Kampffront aller Erwerbslosen, werden kämpfen gegen Hunger und Frost, werden ihre Forderungen aufstellen und außerparlamentarischen Druck ausüben. Unter Führung der RGO und KPD werden auch sie kämpfen mit den vielen Millionen Arbeitern, die schon heute erkannt haben, daß sie nicht auf parlamentarischem, sondern nur auf außerparlamentarischem Wege ihre Lage verbessern können.

Die Ortsgruppen melden Werbeergebnisse!

Aber von den Betriebszellen hört man immer noch nichts!

Heute gehen uns folgende neue Ergebnisse der Massenwerbung zu:

Weißdorf-Köhlitz: 1 Arbeiterstimmen-Abonnent.
Oppach: 2 Arbeiterstimmen-Abonnenten.
Olbersdorf: 1 Arbeiterstimmen-Abonnent.
Gottleuba: 1 Arbeiterstimmen-Abonnent.
Reichenberg bei Dresden: 1 Arbeiterstimmen-Abonnent.
Pulsnitz: 2 Arbeiterstimmen-Abonnenten.
Pirna-Zuschendorf: 5 Arbeiterstimmen-Abonnenten.
Radeberg: 4 Arbeiterstimmen-Abonnenten, 175 Arbeiterstimmen verkauft.
Hirschfelde: 5 Arbeiterstimmen-Abonnenten.

Großröhrsdorfer, Zelle 3 meldet sich

Unsere Mahnung an die Zelle 3 hat etwas gebolfen. Sie meldet folgendes: Sammlung für Rote Hilfe 12,85 Mark, Literaturverkauf 1,15 Mark. Wenn die Zelle 3 glaubt, daß wir damit zufrieden sind, dann hat sie sich geirrt! Was wir brauchen ist folgendes:

Neue Betriebsarbeiter für die Partei
Neue Leser der „Arbeiterstimme" und des „Illustrierten Volksechos" aus den Betrieben

Das ist der wunde Punkt, der nur durch verstärkte Werbung im und vor den Betrieben geheilt werden kann. Also ran an den Speck! Bis zum Parteitag erwarten wir weitere Resultate!

Straßenbahn plant weitere Verschlechterungen

Weitere Entlassungen. Neue Angriffe auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen

(Arbeiterkorrespondenz)

„Bei der Dresdner Straßenbahn-AG bleibt alles beim alten", verkündeten die Bonzen des Gesamtverbandes, als die Straßenbahn in eine AG umgewandelt wurde. Seitdem ist eine Verschlechterung nach der anderen erfolgt und Hunderte von Arbeitern sind auf das Straßenpflaster geworfen worden. Seit der letzten Streikbewegung der Straßenbahner hat die Direktion z. B. die Gruppe der Hofarbeiter, die vor dem Streik 300 Arbeiter stark war, bis auf 153 Mann entlassen.

Also 50 Prozent der Belegschaft wurden auf die Straße geworfen.

In den Arbeiterrats- wie Direktionssitzungen forderten immer rote Betriebsräte, daß die ausgesprochenen Entlassungen rückgängig gemacht und Neueinstellungen erfolgen müßten, weil praktisch Arbeiter bei der Wagen- und Hallenreinigung fehlen. Die Direktion mit ihren Lakaien, den reformistischen und christlichen Betriebsräten, hatte für diese Forderungen nur ein Lächeln übrig.

Jetzt entdeckte die Direktion wiederum, daß noch „zuviel" beschäftigt seien. Sie ließ durch den reformistischen Arbeiterratsvorsitzenden Weber in der am 24. 11. stattgefundenen Arbeiterratssitzung mitteilen, daß „einige Frauen gekündigt worden sind". Als Grund dieser Maßnahme wurde angegeben, daß die Ehemänner dieser Frauen ebenfalls bei der Straßenbahn-AG beschäftigt seien. Die Frauen sind bereits seit dem Jahre 1925 beschäftigt.

Als nun von diesen Frauen drei bei dem Arbeiterrat gegen die Entlassung protestiert hatten und diese Einsprüche zur Beratung standen, erklärte der Arbeiterratsvorsitzende Weber, daß die Direktion nur in einem Falle sich bereit erkläre, die Kündigung aufzuheben, da in der betreffenden Familie von vier Kindern drei Söhne erwerbslos sind. Rote Betriebsräte forderten, daß nicht nur in einem Falle, sondern in allen drei Fällen die Kündigungen zurückzunehmen sind. Der Arbeiterrat gab den Einsprüchen statt. Der sozialdemokratische Arbeiterratsvorsitzende wurde beauftragt, mit der Direktion zu verhandeln um in allen Fällen die Kündigung aufzuheben. Stadtrat Albrecht erklärte wiederum, daß nur in dem einem Falle die Kündigung zurückgenommen würde. Darauf erklärten die sozialdemokratischen und christlichen Betriebsräte, daß sie damit einverstanden seien.

Die Direktion hat mit der Entlassung von sogenannten „Frühfrauen", die ihren Dienst früh 3 Uhr antreten müssen, vor, die Schaffner in Zukunft um ihre drei freien Tage im Jahre zu bringen. Die Frauen hatten die Aufgabe, mit dem Staublappen die Wagen vor dem Ausrücken zu reinigen. Das soll jetzt von den Schaffnern mit erledigt werden. Also eine weitere Rationalisierung auf Kosten der Schaffner und der Frauen, die entlassen sind.

Neben der Direktion tragen an den eingetretenen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Bonzen des Gesamtverbandes und der Christen, sowie ihre Betriebsräte, die Hauptschuld, die den 10prozentigen Lohnabbau und die Entlassungen durchführen halfen. Nur deshalb sind Ehefrauen gezwungen, auf Arbeit zu gehen. Nur in Sowjetrußland wird für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt, für Männer wie für Frauen.

Ein neues Unrecht an der Arbeiterschaft bedeutet der Abschluß des neuen Reichsmanteltarifes, den der Gesamtverband mit dem Arbeitgeberverband in freier Vereinbarung abgeschlossen hat. Nach dem § 15 des Reichsmanteltarifes tritt eine Verschlechterung der Urlaubstage ein. In den Jahren 1923 bis 1926 wurden bei der Straßenbahn Gelegenarbeiter beschäftigt, zum Teil entlassen und wieder eingestellt. Nach dem alten Reichsmanteltarif werden den regulären Arbeitern diese Jahre und auch die Militärdienstjahre seit 1913 auf den Urlaub angerechnet. Jetzt teilt die Direktion am Schwarzen Brett mit, daß nunmehr nach Abschluß des neuen Reichsmanteltarifes eine Anrechnung von Dienstjahren nicht mehr in Frage kommt.

dadurch werden die Arbeiter um den Urlaub geprellt

und müssen drei bis fünf Jahre warten, ehe sie in den Genuß des erhöhten Urlaubs kommen. Bei der Bauabteilung werden dadurch allein 143 Arbeiter geschädigt.

Neben diesen Verschlechterungen ist die Direktion dabei, in den Werkstätten und bei den Hofarbeitern weitere Sparmaßnahmen auszuklügeln.

In den letzten Arbeiterratssitzungen forderten die roten Betriebsräte die Einberufung von einer Belegschaftsversammlung für alle Straßenbahner, um zu all den Verschlechterungen Stellung nehmen zu können, auch diese Forderungen lehnten die reformistischen und christlichen Betriebsräte ab. Sie fürchten die Abrechnung der Arbeiterschaft und wollen keine Belegschaftsversammlung.

Bei der Berichterstattung über den Abschluß des neuen Reichsmanteltarifes erklärten die Kurpat und Grubi den Straßenbahnern:

„Kollegen, es ist doch noch ein Sieg, daß wir den Reichsmanteltarif noch so abschließen konnten, wir hatten uns das schlimmer vorgestellt."

Immer mehr erkennen die Mitglieder des Gesamtverbandes und die Belegschaften, daß die Kurpat und Co. kein Verständnis für die Interessen der Arbeiter haben, weil sie selbst ja nicht zu den Bedingungen der von ihnen abgeschlossenen Verträge zu arbeiten brauchen. **Die Arbeiterschaft hat es in der Hand Schluß zu machen mit den Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, in dem Gesamtverband mit der Opposition der Politik der Bonzen ein Ende zu machen, in den Betrieben die Stützpunkte auszubauen und mit der RGO gemeinsam zu kämpfen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Bei den kommenden Wahlen gilt es, mit allen gewerkschaftlichen Funktionen oppositionelle Kollegen zu beauftragen.**

Erfolgreicher Streik Holzmindener Wohlfahrtsarbeiter

In Holzminden hatte der Bürgermeister in trauter Einheitsfront mit den zwei Ratsmitgliedern der SPD und einem Nazi beschlossen, den Wohlfahrtserwerbslosen als Antwort auf ihren Streik nur die Hälfte der Unterstützung auszuzahlen. Dieses schändliche Verhalten begegnete der kämpfenden Einheitsfront der Wohlfahrtserwerbslosen, die in einer Kundgebung beschlossen, den Kampf bis zur Bewilligung der Forderungen fortzuführen. Als der Erwerbslosenausschuß mit dem Bürgermeister unterhandelte, erschienen zu seiner Unterstützung alle Wohlfahrtserwerbslosen mit Frauen und Kindern, besetzten die Gänge und forderten die sofortige Auszahlung der Unterstützung.

Im Hinblick auf den Kampfwillen der Arbeitslosen wurden folgende Zugeständnisse gemacht:

1. Die einbehaltene Unterstützung wird sofort ausgezahlt.
2. Es wird ein Vorschein für Brot gezahlt.
3. Die geballten Anträge werden schnellstens erledigt und die Forderungen der Zusatzunterstützung, Schuhe usw., werden gewährt.

Nach diesem Erfolg beschlossen die Wohlfahrtserwerbslosen einstimmig, den Streik abzubrechen.